

»Das läßt für Rüsselsheim Schlimmes erahnen«

Die Stadt hat Berater der Bertelsmann-Stiftung engagiert. Sie sollen Sparkonzepte erarbeiten. Ein Gespräch mit Gerhard Christ-Steinicke

Gitta Düperthal

Gerhard Christ-Steinicke ist stellvertretender Sprecher der ver.di-Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim
Vor wenigen Tagen wurde bekannt, daß sich der Magistrat von Rüsselsheim von der Bertelsmann-Stiftung beraten läßt, wie er an Geld für die städtischen Finanzen kommen kann. Wen hat man denn da angeheuert?

Vier externe Berater – zwei von ihnen sind allerdings nachweislich Abteilungsleiter der Bertelsmann-Stiftung: Günter Tebbe und Carsten Große-Starmann. Die dritte Beraterin kennt man schon: Annette Fugmann-Heesing, ehemals hessische Finanzministerin unter Ministerpräsident Hans Eichel (SPD). Das Amt mußte sie wegen »Unregelmäßigkeiten« bei der hessischen Lottogesellschaft niederlegen. Später wurde sie vom damals Regierenden Bürgermeister Berlins, Eberhard Diepgen (CDU), zur Finanzsenatorin berufen. Sie war verantwortlich für den Verkauf der Berliner Strom- und Gaswerke, die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe und der Wohnungsbaugesellschaft Gehag. Unter ihrer Aufsicht kam es zum Berliner Bankenskandal. Der vierte im Bunde ist Florian Birk, der am Deutschen Institut für Urbanistik arbeitete. Mehrere Jahre war er als Standortmanager in Städten und Landkreisen tätig und Vorstand bei der Bundesvereinigung City- und Standortmarketing Deutschland. Einer seiner Schwerpunkte ist, wie Bürger zu »Mit-Produzenten öffentlicher Leistungen« gemacht werden können. Das läßt für Rüsselsheim Schlimmes erahnen.

Wann haben Sie von dieser Beratung erfahren?

Der SPD/Grünen-Magistrat hat am 23.Juni den Auftrag heimlich vergeben – ohne die Öffentlichkeit und weder die Stadtverordnetenversammlung noch den Personalrat zu informieren. Besorgte Führungskräfte der Stadtverwaltung haben uns den Beschluß und das Sparkonzept zugespielt, ver.di wurde gebeten, sich damit zu beschäftigen. Die Größenordnung: Der Magistrat soll pro Jahr 27,8 Millionen bei der Stadtverwaltung einsparen – das sind 20 Prozent des Gesamt- oder 70 Prozent des Personalhaushaltes! Wir haben beschlossen, Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

Was droht den Bürgern?

Diese Berater haben immer das gleiche Konzept: Gebühren erhöhen, Bürger belasten. Das fängt an bei den Kosten für Kindertagesstätten, es kann auch Volkshochschul- und Musikurse, Ferienspiele und Betreuung an Schulen betreffen. Oder die Eintrittspreise für Museen und Bäder.

Die Stadt soll nach den Vorstellungen solcher Berater ihre Aktivitäten auf »gesetzliche Pflichtaufgaben« reduzieren. Pauschal wird empfohlen, die Notwendigkeit von Mehrzweckhallen, Schwimmbädern und der KFZ-Zulassungsstellen zu überprüfen. In dem geheimgehaltenen Konzept, das ver.di allerdings vorliegt, heißt es unter anderem: Personal abbauen und privatisieren.

Und dabei hat Rüsselsheim schon einige Sparrunden hinter sich. Geschlossen wurden sechs von sieben Altentagesstätten, das einzige Kinderhaus, Jugendzentren und ein Schwimmbad. Personal wurde reduziert, Vereine bekamen weniger Unterstützung. Das Stadtkrankenhaus wurde zur GmbH gemacht, die Stadtwerke ebenso. Man hat sogar versucht, die Wasserwerke zu verkaufen, was aber am Bürgerprotest scheiterte.

Verfolgt die Bertelsmann-Stiftung mit der Beratung eigene Interessen? Bereitet sie etwa die Übernahme zentraler Aufgaben der Stadtverwaltung durch die Bertelsmann-Tochter Arvato vor?

Möglicherweise. Solche Berater lassen sich in der Regel fürstlich bezahlen – 1 200 Euro pro Tag und Person sind fast die Untergrenze. Das werten wir als Indiz dafür, daß es auch noch andere Interessen gibt. Das Prinzip ist bekannt: Die Stiftung berät öffentliche Arbeitgeber, wie Dienstleistungen betriebswirtschaftlich effektiv erbracht werden können: durch Privatisierung, den Abbau von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen sowie den Einsatz von EDV. Der empfohlene Partner für die Privatisierung des öffentlichen Dienstes ist dann sicherlich eine Firma der Bertelsmann AG – da käme z.B. Arvato ins Spiel. Das Ergebnis sieht dann so aus: Lohnverlust für die Beschäftigten, hoher Gewinn für Bertelsmann.

Wäre so ein Vorgehen nicht eher einer schwarz-gelben Stadtregierung zuzutrauen?

Bei der Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hessen erleben wir, daß sie sich nur noch graduell von der CDU unterscheiden und gnadenlos sparen. Wir werden uns aber zu wehren wissen.